

Zu teuer und falsche Schwerpunkte – Dieser Regierungsentwurf ist der Bruch mit der guten Haushaltsführung früherer Jahre

Arbeitgeberpräsident Dr. Jörg Brückner im Interview



Sie kritisieren, ähnlich wie der Sächsische Rechnungshof, den Entwurf des neuen Doppelhaushalts. Warum?
Sachsen steht vor der größten finanziellen Herausforderung seit Jahrzehnten. Die Wirtschaftsleistung ist eingebro-

chen, Einkommen sind gesunken. Viele Unternehmen und Beschäftigte in unserem Land haben drückende Existenzsorgen und sind gezwungen, den Gürtel deutlich enger zu schnallen. Aber beim Regierungsentwurf ist davon nichts zu spüren. Die Rekordausgaben von 43 Mrd. Euro sind das eine und durch die Steuereinnahmen nicht gedeckt.

Die falsche Schwerpunktsetzung wiegt noch viel schwerer: dieser Haushalt wäre der endgültige Abschied von der guten Haushaltspolitik der früheren Jahre, die Sachsen in den letzten dreißig Jahren so viel gebracht hat.

Der Doppelhaushalt ist also aus Ihrer Sicht nicht solide ausgestaltet?

Die sächsische Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren stets für eine solide, auf Investitionen, Innovationen, Bildung und Innere Sicherheit fokussierte Haushaltsführung ausgesprochen. Das heißt aber auch, dass notwendige Mehrausgaben bspw. für Lehrer und Polizisten an anderer Stelle eingespart werden, um Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Noch immer ist unser Haushalt zu einem guten Drittel fremdfinanziert. Die Koalition interessiert das offensichtlich nicht.

Im Übrigen: nachhaltig ist das nicht. Sachsens Bürger und Unternehmen werden das noch teuer bezahlen.

Wo muss dann aus Ihrer Sicht korrigiert werden?

Es wird zu viel Geld ausgegeben und zudem auch für eine Menge falscher Dinge. Statt die Investitionsquote wieder zu steigern, um Schulen, Straßen, Digitalisierung und Strukturwandel zu finanzieren, steigen in Sachsen die Personalausgaben überproportional, u. a. in weitere über 2.000 zusätzliche Stellen. Man plant teure Doppelstrukturen und steckt zu viel Geld in die Titel für „politische Führung“.

Neben dem Corona-Bewältigungsfonds hat die SPD jetzt einen Zukunftsfonds für Digitalisierung und Verkehrswende vorgeschlagen. Was halten Sie davon?

Die Zielstellung ist gut, die dafür geplante Neuverschuldung jedoch inakzeptabel. Man lockt uns mit Fördermitteln für die Wirtschaft, aber weil der normale Haushalt ausgeschöpft sei, sollen wir Schulden gut finden. Ich sehe das sehr kritisch.

Wie soll es dann gehen?

Vorab: Wir unterstützen Investitionen z. B. in die Verkehrsinfrastruktur und auch Vorschläge zum Schutz des Waldes und einer angepassten Wasserwirtschaft. Aber diese Aufwendungen sind im Haushalt zu finanzieren. Das Kardinalproblem dieses Haushaltes ist der ungebremste Personalaufbau und allerlei Geld für nichtinvestive Lieblingsprojekte der Koalitionäre, die Sachsen nicht braucht, aber bezahlen muss.

Aktuell gibt es Stimmen, die für eine längere Phase der Schuldentilgung plädieren, angeblich um den wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu bremsen. Was sagen Sie dazu?

Diese Diskussion ist der Gipfel der Zumutungen. Das sächsische Wahlvolk hat zu keinem Zeitpunkt eine Verfassungsänderung in Auftrag gegeben. Die Befürworter versuchen jetzt, Klientelpolitik in die Verfassung zu schreiben, die

nichts mit der Pandemie zu tun hat. Die angeblich notwendige Streckung der Schuldentilgung ist da nur vorgeschoben.

Was fordern Sie konkret?

Es braucht das klare Bekenntnis zur verfassungsmäßigen Frist von acht Jahren. Warum soll für den Staat etwas anderes gelten als für die kleinen Unternehmen, die keinen Zuschuss, sondern nur ein Darlehen bekommen haben und dieses innerhalb von zehn Jahren zurückzahlen müssen? Die Streckung auf eine „Generation“ ist unverantwortlich, weil unsere Kinder und Enkel die heute gemachten Schulden bezahlen müssten. Zudem werden sie eigene Herausforderungen und neue Krisen meistern müssen.

Und die Einhaltung der verfassungsgemäßen Frist für die Schuldentilgung soll funktionieren?

Ja, das geht. Erstens: wie hoch ist der Finanzierungsbedarf wirklich? Zweitens: wofür wird das Geld eingesetzt? Lesen Sie die Statements des Sächsischen Rechnungshofes.

Was erwarten Sie von der Debatte im Sächsischen Landtag?

Die Abgeordneten haben eine große Verantwortung: sie verwalten das Geld des sächsischen Steuerzahlers quasi treuhänderisch und geben es – als Vertreter des Volkes – frei. Die Herausforderung beschreibt Prof. Binus, wenn er formuliert: „Der Doppelhaushalt 2021/2022 ist nach unserer Auffassung in dieser Form noch nicht beschlussfähig.“

Ich hoffe sehr, dass wirklich die Interessen der Menschen im Freistaat Sachsen im Mittelpunkt stehen. Wir werden es sehen und dran bleiben.

POSITIONEN ZUM GEPLANTEN DOPPELHAUSHALT 2021/2022

Nr. 1

Investitionen wieder steigern

Nr. 2

Weiteren Verwaltungsaufbau stoppen

Nr. 3

Ehrlicher Kassensturz nötig

Nr. 4

Mittel für „Politische Führung“ in Zukunftsinvestitionen umschichten

Nr. 5

Sparsamkeit oberstes Gebot – Keine Mittel für Doppelstrukturen

Nr. 6

Hände weg von der Verfassung! – Lasten für künftige Generationen zügig reduzieren

Nr. 7

Zu hohe Personalausstattung im öffentlichen Dienst

Nr. 8

Wer macht was beim Freistaat? – Dringender Handlungsbedarf bei Stellenbeschreibungen

Nr. 9

Mittel zugunsten von Investitionen und Innovationen umschichten

Nr. 10

Was muss sich der Staat leisten? – Richtige Schwerpunkte setzen

Abrufbar auch unter: www.vsw-direkt.de